

Joachim Renn

# Versprenzte Debatten, vertagte Inklusion: Paradoxe Öffentlichkeit in der multipel differenzierten Gesellschaft

**Zusammenfassung:** Digitalisierung und Pluralisierung öffentlicher Kommunikation werden als eine Art neuer »Strukturwandel der Öffentlichkeit« betrachtet. Die Techniken ermöglichen, die Ökonomie motiviert und fragmentierte performative Kulturen des Umgangs mit Dissens ratifizieren eine faktische Pluralisierung der Debatten, der Debattenräume und der Debattenkulturen. Diese strukturell bedingte Vervielfältigung affiziert das Prinzip der öffentlichen Verständigung über ein vermeintlich allgemeines »gesellschaftliches« Interesse. Zeigt die Durchsetzung pluraler »Halböffentlichkeiten« (Habermas) also an, dass die theoretische Reflexion im Sinne der Aufklärung (Kant: öffentlicher Vernunftgebrauch) das Potential rationaler Selbstbestimmung im Medium öffentlicher Rede prinzipiell überschätzt hat? Eine differenzierungstheoretische Analyse kann dieser Verfallsoptik etwas entgegensetzen, nämlich die ergebnisoffene Suche nach einer medial angestoßenen Soziogenese veränderter Milieus und ihrer Stile öffentlichen Kommunizierens. Das führt zurück in die Theoriebildung: im sozialen Raum wie in der soziologischen Theorie ist es an der Zeit, die normativen Prinzipien einer aufgeklärten Vergesellschaftung in die neuen Lagen zu übersetzen.

Schlüsselworte: Kommunikative Rationalität, Deliberation, Öffentlichkeit, politische Rationalität, Performative Kultur, Debatte, Übersetzungsverhältnisse, Multiple Differenzierung

## Displaced Debates, Delayed Inclusion: Paradoxical Public Sphere and Multiple Differentiation

**Abstract:** The digitalization of media changes the structure and features of public communication. There is a pluralization of debates, of debate-spaces and of cultures of debating fostered by technical innovation, by economical motives and by collective habits of dealing with social conflict and dissens. The essay examines theoretically the implications of this transformation for the concept of deliberative democracy, and it tries to avoid the currently well established presupposition that the digital apriori of public communication means nothing but a decline of political culture and communicative reason.

Keywords: Communicative Action, deliberative democracy, social differentiation, digitalization, Social Translation, performative culture, public sphere

## 1 Intro: Halbierung oder Demaskierung der Öffentlichkeit?

Der »neue Strukturwandel der Öffentlichkeit« (Habermas 2022) zeichnet sich in den Augen der Verfechter öffentlichen *Vernunftgebrauchs* im Kern und am Ende durch einen *Verlust an Rationalität* aus. Die hier betroffenen Rationalitätsfragen liegen in mindestens zwei Dimensionen: in der Sachdimension gesellschaftlicher Problemlösung und in der

Dimension vernünftiger sozialer Beziehungen (politisch: in der Dimension partizipativer, demokratischer Selbstbestimmung und Willensbildung). Den Anlass zur Beunruhigung des Interesses an einer kommunikativ rationalen Verständigung ›der Gesellschaft‹ geben einige *zeitdiagnostisch* auffällige Folgen der Digitalisierung von Kommunikationsarenen und der Etablierung von mannigfaltigen Netzwerken: die gewaltige *quantitative* Vermehrung (Zugang) und die ambivalente *qualitative* Veränderung (Teilnehmer-Rollen und Attitüden) netzwerkbasierter Debattenräume. Sie lassen an der Idee zweifeln, die »öffentliche Meinung« könnte wenigstens unter optimalen Bedingungen das Medium wirklich demokratischer Selbstverständigung (des ganzen Gemeinwesens) sein (immer schon skeptisch: Luhmann 2000: 274 ff.).

Als eine in die Kommunikation (zurück) sickernde Nebenfolge sinkt das Zutrauen in die Verallgemeinerungsfähigkeit *irgendeiner* ausgezeichneten, weil eventuell ›repräsentativen‹ und ›inkluisiven‹ öffentlichen Debatte (und des in ihr gepflegten Stiles der Auseinandersetzung). Die Techniken ermöglichen, die Ökonomie motiviert und die performativen Kulturen (Renn 2014: 30 ff.) des Umgangs mit heterogenen Überzeugungen *ratifizieren* eine faktische Pluralisierung der Debatten, der Debattenräume und der Debattenkulturen (verstanden als milieuspezifische Routinen und implizite Regeln des ›angemessenen‹ Debattierens). Es ist diese *strukturell* bedingte Vervielfältigung (und nicht irgendeine vermeidbare Korruption), die eine bislang für garantiert erachtete Grundlage politischer Legitimität unterspült: das Prinzip der öffentlichen Verständigung über ein vermeintlich *allgemeines* ›gesellschaftliches‹ Interesse. Neben der Legitimation durch den überpartikularen Formalismus (systemisch koordinierter) Verfahren (Luhmann), bildete die »repräsentative«, durch den professionell auf Überparteilichkeit getrimmten »Qualitätsjournalismus« getragene, öffentliche Willensbildung die zweite Quelle der (empirisch tatsächlich zugeschriebenen) Legitimität des politischen Systems und Geschehens (Peters 2007; vgl.: Kettner/Schneider 2000 und Imhoff 2011). Wenn Demokratie deliberative Elemente einschließt (die Dezentrierung des rein privaten Einzelinteresses der Teilhabenden), dann sind *Medien* der Kommunikation als Instrumente der Aggregation und (selektiven) Repräsentation höchst verstreuter Intentionen umso dringender erforderlich, je weniger »eine« Gesellschaft der Überschaubarkeit und Dichte einer Gemeinschaft entspricht (dazu in ironischer Diktion jüngst: Kaube/Kieserling 2022: 23 ff.).

Die paradigmatische Erläuterung dieses (normativ ausgezeichneten) Zusammenhangs zwischen »vernünftiger« politischer Selbstbestimmung und öffentlich (medial vermittelter) Verständigung (»Deliberation«) findet sich immer noch bei Jürgen Habermas (Habermas 1992). Er selbst stellte neulich den Vergleich an zwischen den von ihm einst analysierten Funktionen einer (vornehmlich bürgerlich geprägten) Öffentlichkeit für die *praktische* Verankerung demokratischer Selbstbestimmung (Habermas 1991) und den neueren Formen ausdifferenzierter »Halböffentlichkeit« (Habermas 2021 und 2022: 62 ff.). Er kommt als prominenter Vertreter der normativen Theorie deliberativer Demokratie nach Durchsicht einschlägiger Analysen (z. B.: Seeliger/Sevignani 2021) vorläufig zu dem Ergebnis, dass die Digitalisierung und die ihr zugeordnete *Privatisierung* von kommunikativen Arenen zu einer Erosion »inkluisiv auftretenden Öffentlichkeit« (Habermas 2022: 63) führt: Die der digitalen Vernetzung entsprungenen Kommunikati-

onsräume, in denen »zu Autoren ermächtigte Nutzer« Aufmerksamkeit auf sich ziehen (Habermas 2022: 62), bilden nurmehr »Halb-Öffentlichkeiten«, sofern zwar der Zugang technisch allen möglich und gestattet ist, sich aber durch Echoeffekte ein unduldsamer *Partikularismus* als Standard schützenswerter Meinung durchsetzen kann. Habermas notiert:

Aus einer durch die gegenseitige Bestätigung ihrer Urteile befestigten Sicht geraten die über den jeweils eigenen Horizont hinausreichenden Universalitätsansprüche grundsätzlich in den Verdacht der Hypokrisie. Aus der beschränkten Perspektive einer solchen Halböffentlichkeit kann die politische Öffentlichkeit demokratischer Verfassungsstaaten nicht mehr als inklusiver Raum für eine mögliche diskursive Klärung konkurrierender Ansprüche auf Wahrheitsgeltung und allgemeine Interessenberücksichtigung wahrgenommen werden. Gerade diese als inklusiv auftretende Öffentlichkeit wird dann zu einer der auf Augenhöhe konkurrierenden Halböffentlichkeiten herabgestuft. (Habermas 2022: 63)

Habermas rechtfertigt seine Einschätzung der ausschlaggebenden Tendenz ganz unmissverständlich nach wie vor durch Rückgriff auf die normative Richtschnur eines »verallgemeinerungsfähigen Interesses«. Die inklusive Öffentlichkeit muss *prinzipiell* das Medium einer tatsächlich gesellschaftlichen (also komplett umfassenden) Selbstbestimmung (inklusive sachlicher Problemerkämpfung) sein *können*, weil nur dann die empirisch realisierte Dominanz *partikularen* Meinens, Glaubens und Entscheidens als eine *defizitäre* Gestalt öffentlichen Streits (und Abwägens) kategorisiert (und womöglich »korrigiert«, siehe: Mölders 2019: 43 ff.) werden kann. Aber was ist das Ganze einer Gesellschaft, wenn jede medial konstituierte Öffentlichkeit immer deutlicher eine partikulare sein muss?

Zeitdiagnostisch ist angesichts dieser Beunruhigung nicht allein die Frage zu beobachten, ob sich dieser Trend zur Halböffentlichkeit empirisch hinreichend belegen lässt (diesbezüglich selbstkritisch: Habermas 2022: 48; vgl. auch Mayer 2022), sondern zudem eine sehr viel weiterreichendere Frage: Stellt diese Herabstufung der inklusiven Öffentlichkeit zu einer (halbprivaten) Partikularität vielleicht gar keine kontingente empirische Fehlentwicklung dar, sondern offenbart sie viel mehr und mit erheblichen Implikationen die sachlich begründete Zerstörung einer Illusion der normativen Theorie? Zwar verdient auch diese Frage bei der Bearbeitung eine empirische Fundierung, gleichwohl ist es eine konzeptuelle Frage, wie stark sich hier beobachtbare empirische Lagen *generalisieren* lassen. Erfährt die deliberative Demokratie (bzw. ihre rechtsstaatliche Institutionalisierung im »Westen«) im Phänomen der Pluralisierung von Halböffentlichkeiten, dass ihre theoretische Reflexion in der Manier der Aufklärung (Kant: öffentlicher Vernunftgebrauch) das Potential rationaler Selbstbestimmung im Medium öffentlicher Rede *prinzipiell* überschätzt hat? In der Kritischen Theorie – mustergültig durch Adorno – ist die Bezugsgröße der (freien) gesellschaftlichen Totalität längst mit zwingender begrifflicher Notwendigkeit zum negativ dialektischen Grenzbegriff zurückgestuft worden (Adorno 2003: 49 ff.). Die Pluralisierung von Öffentlichkeiten drängt der Theorie nun die Frage auf, welchen Sinn die Rede vom »verallgemeinerungsfähigen Interesse« und

von der entsprechenden Idee einer Vollinklusion des historischen Subjekts kollektiver Selbstbestimmung (Habermas) noch haben kann. Denn eben dies wird fraglich, wenn jeder Bezug auf die überpartikuläre Allgemeinheit politischer Willensbildung unter den verallgemeinerten Ideologieverdacht (von Mannheim 1995: 60 ff. bis Luhmann 2000: 353 ff.) fallen muss. Der Verdacht kommt auf, dass die Polyzentrik der Gesellschaft in Gestalt versprengter Debattenräume und Öffentlichkeiten den allgemeinen Perspektivismus (oder Konstruktivismus) vernunftskzeptischer Theoriebildung verifizieren könnte.

In der *politischen* Theorie verbreitet sich längst und zusehends – in der gepflegten Semantik angestoßen durch weithin sedimentierte, postmodernistische Unterminierungen des Vernunftuniversalismus – ein analoger Gedanke. Der Verdacht grassiert, dass die an Kant orientierte Idee inklusiver Öffentlichkeit als universale Arena der individuellen wie kollektiven Selbstbestimmung selbst nichts sei als die ideologische Übergeneralisierung eines bürgerlichen, liberalen, darin eben *partikularen* Milieus (und damit eine Selbstermächtigung des Dritten Standes, der bürgerlichen Männer, oder auch des »Westens«). Befangen in einer alteuropäischen, weil klassentheoretisch gefassten, Attitüde propagiert z. B. Ch. Mouffe eine solche Konzeptualisierung des Politischen, die dem liberalen Konsensglauben den fundamentalen Antagonismus zwischen unversöhnlichen Partikularitäten als Wesen des Politischen entgegenhält (Mouffe 2014).

Zweifel an der Möglichkeit einer (»kommunikativ«) vernünftigen Einheit einer ›Gesellschaft‹ durch inklusive Deliberation und entsprechende Öffentlichkeiten sind angebracht. Aber sie können nicht über eine klassentheoretische Reduktion der Komplexität weltgesellschaftlicher Lagen plausibilisiert werden. Soziologische Erklärungen der Bedeutung und der Folgen dieses Strukturwandels der Öffentlichkeiten müssen die Vervielfältigung von Öffentlichkeiten und kommunikativen Räumen in einen *differenzierungstheoretischen* Rahmen stellen.

## 2 Begrenzte Grenzenlosigkeit

Die *Differenzierungstheorie* (Alexander 1993; Schwinn/Kroneberg/Greve: 2011) zeigt, dass die gleichen historischen Prozesse, die einen universalisierten Anspruch auf politische Inklusion *hervorbringen* (wie bei: Honneth 2011: 21 ff.), die strukturelle *Verhinderung* der Einlösung solcher Ansprüche herbeiführen (so eher: Luhmann 2000). Demokratische Rechtsstaaten (und ihre Reflexionstheorien) verließen sich lange auf eine öffentliche Willensbildung durch Stellvertreter-Debatten, die von wenigen Repräsentanten fundierten Wissens und begründeter Überzeugungen getragen wurden, und wegen dieser Repräsentation als eine »gesellschaftlich« wahrgenommene Verständigung über politische Ziele und Entscheidungsprämissen gelten konnte. Mittlerweile scheinen im Konzert fragmentierter Debatten jedoch drei andere normative Orientierungen dominant zu werden. Mit der rasanten Vermehrung von Debattenräumen, -gelegenheiten und Teilnehmerrollen wächst *erstens* eine Art von *Tyranei der partikularen Meinung* (die als Kriterium der eigenen Freiheit allein das Recht auf Unbelehrbarkeit gelten lassen will), *zweitens der Moralismus* als Magnet politischer Aufmerksamkeit (die Verdrängung

der ausdifferenzierten politischen Rationalität durch die moralische Emphase, die Zustimmung über die Mobilisierung unteilbarer Konflikte sucht) und *drittens die Autorität der Gerichte*, die aufgrund wachsender Unfähigkeit zur politischen Kompromissbildung und Entscheidungsfindung von den politischen Parteien (Verfassungsklage) wie von politischen Aktivisten (»strategic litigation«) zur Durchsetzung von Interessen in Dienst genommen (und überlastet) werden. Wenn dies Symptome sozialer *Differenzierungseffekte* sind, können sie wenigstens soziologisch gesehen nicht als Symptome eines irgendwie ›kulturellen‹ Verfalls verbucht werden. Hinter diesen auffälligen Phänomenen steht weniger eine allgemeine Erschöpfung demokratischer, westlicher Kultur in Folge »industriekapitalistischer« Verwerfungen (so wie eine kultursoziologische Diagnose im Stile Richard Sennetts es beschreiben würde, Sennett 1986: 172 ff. und 329 ff.), sondern – differenzierungstheoretisch gesehen – eine von den gesellschaftlichen Übersetzungsverhältnissen strukturell bewirkte Freilegung bislang latenter, aber dennoch wirkender und prinzipieller Paradoxien einer vermeintlich ›gesellschaftlichen‹ Öffentlichkeit.

Ein Problem liegt schon in den widerstreitenden Anforderungen, die eine dem Anspruch gemäß wirklich ›öffentliche‹ Debatte im Feld politischer Selbstbestimmung erfüllen muss. Denn diese Öffentlichkeit ist ein abgegrenzter Raum unbegrenzter Kommunikation. Die Gleichzeitigkeit von Begrenzung und Unbegrenztheit steht für mehrere Spannungen, die nicht allein begrifflicher Natur sind. Einerseits sind empirische Öffentlichkeiten Arenen realer Kommunikation mit jeweils spezifischen Reichweiten und einem (auch) durch diese Radien begrenzten, jeweiligen Publikum, das seinerseits in seinem Verständnis der Dinge und in seinen Haltungen (einschließlich der Bestimmung ›guter‹ Gründe) auf jeweils begrenzte, weil milieuspezifische Sinnhorizonte zurückgreifen muss (mit Habermas gesprochen: auf »Lebenswelten«, so: Mayer 2022: 118). Andererseits definiert sich ein öffentliches Anliegen, die Qualität einer Frage bzw. einer Sache, von öffentlichem Interesse zu sein, im Unterschied zu privaten Topoi oder zu Klandestinem durch das *allgemeine* Interesse eines in diesem Sinne *unbegrenzten* und irgendwie für ›die Gesellschaft‹ insgesamt stehenden Publikums. Jeder faktische Abschluss der Teilnahme an öffentlicher Auseinandersetzung muss sich – im Fall demokratischer Politik – eigens legitimieren, und das heißt vom Verdacht auf unbegründeten Ausschluss von Teilpublika oder von Einzelnen und ihren Idiosynkrasien befreien. Einerseits ist ›das Öffentliche‹ (das öffentlich Relevante) also negativ als das nicht Partikulare qualifiziert (und in Sinne einer solchen Vollinklusion als die »res publica«, vgl.: Peters 2007; Habermas 1992; Imhoff 2011 und Imhoff 2006: 198; siehe dazu jüngst: Mölders 2022: 133 ff. und Mayer 2022: 118 ff.). Andererseits aber zwingen empirische Vollzugsumstände und materielle Schranken jeder faktischen Debatte technisch, kulturell, zeitlich und sozial Begrenzungen auf. Es können trivialerweise nicht alle ›wirklich‹ endlos alles bis zum Sättigungspunkt einer (in der Sach- wie in der Sozialdimension) ›rationalen‹ Entscheidung debattieren. Die Grenzenlosigkeit politischer und gesellschaftlicher Öffentlichkeit ist also von spezifischer Art. Sie betrifft nicht die endliche Zeit, die für Debatten verfügbar ist, und nicht die endlichen Aufmerksamkeitsspannen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, sondern die *normative* Auszeichnung des Prinzips einer unlimitierten Teilnahme (Peters 2007; vgl. Habermas 1992: 399 ff.). Die Öffentlichkeit und die Vernünftigkeit politischer Kommunikation definieren sich wechselseitig. Je mehr die Bestimmung der

Rationalität politischer Selbstbestimmung desubstanzialisiert wird, und d. h. – wie in der Habermas'schen Theorie – von der Bindung an materiale Werte, an ein konkretes Ethos, an eine besondere (z. B. »okzidentale«) kulturelle Identität gelöst wird, umso mehr steht mit der empirischen Aushöhlung der (formalen) Orientierung am Gemeinsinn das Zutrauen in die Rationalisierbarkeit des Politischen selbst auf dem Spiel. Die kommunikative Vernunft verliert nicht nur ihren »Sitz im Leben« (wie es bei Habermas heißt), sondern jeden bestimmbaren begrifflichen und praktischen, normativen wie performativen Sinn. Diese Spannung zwischen normativer Auszeichnung einer Kommunikationsgattung (der »öffentlichen« Debatte) und den jeweils faktischen Übersetzungen dieser Norm in empirische Vollzugssequenzen fällt solange nicht auf, wie die Idealisierung einer repräsentativen Beziehung zwischen den Einzelinteressen und den debattierenden Stellvertreterinnen unbestritten bleibt. Es ist diese institutionalisierte Illusio (Bourdieu), die im Strudel transformierter Medienlandschaften unter Druck gerät.

In den vergangenen Jahrzehnten bildete und erhielt sich – wenigstens in privilegierten Regionen der Weltgesellschaft – ein vergleichsweise erfolgreiches Geflecht aus halbwegs ungehindertem, zivilgesellschaftlichem Diskurs, rechtsstaatlich gezähmtem politischen System und gesellschaftlicher Solidarität bzw. Gemeinwohlrücksicht (Parsons 1996: 110 ff.; vgl.: Luhmann 2000: 69 ff.). Eine lange Zeit zumindest durfte die soziologische und theoretische Beobachtung von einer faktischen Annäherung realer Institutionen an die normativ ausgezeichnete Idee vernünftiger politischer Willensbildung und demokratischer Problembearbeitung ausgehen.<sup>1</sup> Zwar mag es sein, dass das rationale (das rational *gerechtfertigte*) Projekt einer sowohl individuellen als auch kollektiven Selbstregierung (Autonomie), das sich vermittels selektiver *Verbreitungsmedien* d. h. durch *legitime Stellvertretung* aller Beteiligten deliberativ realisiert, nur als eine *regulative Idee* gelten darf. So können die politische Philosophie und die Soziologie, die dem normativen Elan Input und Sehvermögen geben, doch gleichwohl von einer stabilen Verankerung der *faktisch wirksamen Orientierung* an dieser regulativen Idee ausgehen (so lautet natürlich die demokratietheoretische Vision von Jürgen Habermas: etwa in Habermas 1992: 399 ff.; vgl. zuletzt: Habermas 2021: 470 ff.). Dabei ist diese Orientierung, d. h. die *faktische* Verankerung der *idealisierenden* Erwartung an die politische Kommunikation (in der klassisch gewordenen Habermas'schen Analyse: Habermas 1991), das Ergebnis der komplexen *Genese* eines bürgerlichen Habitus der selbstkritischen Urteilskraft. Diese Genese wird von Habermas in normativer Emphase als *Lernprozess* gewertet, der Hoffnungen auf eine rationale Konvergenz zwischen partikularem und verallgemeinerungsfähigem Willen wecken sollte. Die soziologische Analyse kann darin, mit größerer Zurückhaltung, immerhin die Evolution eines Kommunikationsverhältnisses zwischen erst durch dieses Verhältnis ausdifferenzierten politischen Subjekten erkennen (Renn 2021: 269 ff.).

1 Ein indirektes, aber umso eindringlicheres Indiz bildet in der langfristigen Entwicklung Deutschlands die historisch untersuchte und empirisch erhobene, hohe Demokratieaffinität von Verwaltungsangehörigen (dem Personal der Bürokratie), die das Maß der Zustimmung zu rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien und Regeln im allgemeinen Publikum sogar überschreitet (siehe dazu z. B.: Czerwick 2007 und Naschold 1993).

In beiden Versionen bildet indessen die Öffentlichkeit mit ihrer je historisch spezifischen Medieninfrastruktur den zentralen Raum einer *konstitutiven* demokratischen Wechselwirkung zwischen kollektiver und individueller »Willensbildung«.<sup>2</sup>

Aber die Lage ändert sich. Zum einen durch Annäherungen an eine »Postdemokratie« (Crouch 2004; vgl. die sehr entschiedene Diagnose bei: Streeck 2013), d. h. durch ein Zusammenwirken von Kommodifizierung und leerer Inszenierung öffentlicher Debatte, zum anderen durch die Umstellung der *medialen* Infrastruktur öffentlicher Kommunikation im Zuge der sogenannten »Digitalisierung« (vgl. Staab/Thiel 2021).<sup>3</sup> Die allgemeine Umstellung der einst für die politische Autonomie der Einzelbürger wie auch des Gemeinwesens so vitalen Infrastruktur der *leitenden Verbreitungsmedien* (Habermas 1991; Neidhard 2007) provoziert mittlerweile das Stichwort einer *defekten* Öffentlichkeit (Meyer 2020; Plehwe 2020).<sup>4</sup> Der Übergang von Printmedien und Fernsehen auf digital konstituierte »jeder mit jeder«-Kommunikationsformate (»Plattformisierung«) steht unter dem Verdacht, dem politischen Journalismus Qualität (z. B. Recherchetiefe und Sorgfalt) und der öffentlichen Debatte sachliche und soziale Rationalität (z. B. Geduld und Komplexitätstoleranz) zu entziehen (Imhoff 2011 und 2014; Fischer/Jarren 2021; vgl. aber: Münker 2009: 121). Die ›Unterhaltungsseite‹ der sogenannten Massenmedien liefert von je her dem Publikum ohnehin eher *Entlastung* von den Zumutungen des Vernunftgebrauchs (siehe: Adorno 1963 und Luhmann 1996: 96 ff.; sowie Bourdieu 1998). Aber vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk durfte und konnte (in Deutschland) mehr erwartet werden. Denn Politik vollzieht sich im Falle der Demokratie öffentlich und unter öffentlicher Beobachtung wie Beteiligung (Peters 2007), und diese Öffentlichkeit bedarf der Kommunikation, die wiederum auf (Verbreitungs-) Medien angewiesen ist. Zweifellos ist vor allem im Lichte einer normativen Theorie der *deliberativen* Demokratie (Rawls 2003; Habermas 1992; aber auch schon: Dewey 2004; vgl.: Westbrook 2000) die Einheit aus sozialer Integration, gerechter Ordnung und sachlicher Problemlösungskompetenz des politischen Systems elementar auf eine passende, legitime und dabei technisch funktionierende *Kommunikation* angewiesen. Demokratie bedeutet für die anspruchsvolle (das Einzel- und Privatinteresse nicht als ›Vorpolitisches‹ hypostasierende)<sup>5</sup> Demokratietheorie, dass nicht

- 2 Eine solche Exposition des Problems öffentlicher Kommunikation als dem Kernbereich demokratischer Politik setzt natürlich von vornherein tiefer an als eine konventionelle Analyse moderner Formen der »Governance« (vgl. etwa als eine Analyse diversifizierter Praktiken der Governance), die aktuelle Tendenzen der Differenzierung von Netzwerken politischer Aktivität in Rechnung stellt (Bevir 2013: 129 ff.).
- 3 Die eher optimistische Einschätzung der demokratieförderlichen Implikationen einer digitalisierten öffentlichen Kommunikation (so etwa: Münker 2009: 132 f.) geraten aktuell in die Defensive – beispielsweise angesichts einer politischen Kommunikationskultur, für die Donald Trump nur das grellste Beispiel gab (siehe Inglehard/Norris 2016).
- 4 Schon 20 Jahre zuvor stand die »defekte« Demokratie auf der Tagesordnung: Merkel 1999.
- 5 Mit dieser Hypostase ist etwas gemeint, was die Hegelsche Rechtsphilosophie schon kritisierte (Hegel 2005 [1821/22]), nämlich eine unvollständige Vergesellschaftung, die darin zum Ausdruck kommt, die Motive und Interessen der Privatbürger als Teil eines *vorpolitischen* Raumes zu versteinern. Dadurch wird die personale Teilhabe an der demokratischen Willensbildung von der Forderung entlastet, die je eigene Intention im Lichte des Gemeinwohls bzw. der möglichen rationalen Rechtfertigung zu prüfen und gegebenenfalls zu revidieren.

einfach nur gegebene und egozentrische private Interessen fair und verfassungsgemäß in ein Spiel der politischen (aber vermachteten) Verhandlung eintreten. Sondern das Prinzip der Autonomie (Volksouveränität) wird erst dadurch gewährleistet, dass die politische Willensbildung *selbst* Teil der politischen Auseinandersetzung ist, und dass diese Auseinandersetzung in Formen und unter Bedingungen geschieht, die sowohl sachliche Rationalität als auch adäquate (obgleich implizite, weil delegierte) Teilhabe aller an dieser Auseinandersetzung garantieren können (Habermas 1992: 435 ff. besonders: 460 f.).

Schon allein daraus folgt – unter der Bedingung einer Größenordnung des Publikums, die eine direkte Interaktion aller mit allen ausschließt (siehe Luhmann 1981a) – die große Relevanz des *technischen* Wandels der *Verbreitungsmedien* und seiner Implikationen für die Formatierung der öffentlichen Kommunikation.<sup>6</sup> Kommunikationsmedien prägen die Form und die Infrastruktur der politisch relevanten Kommunikation im öffentlichen bzw. halböffentlichen Raum (Neidhard 2007; Imhoff 2011; Staab/Stiehl 2021; Kettner/Schneider 2000). Und in dieser Hinsicht verändert sich die kommunikative Infrastruktur der Gesellschaft im Zuge der »Digitalisierung« fundamental (Münker 2009: 11 ff.; Seeliger/Sevignani 2021). Sowohl die Lagerung als auch die Wirkungsprofile von (räumlich und sozial regionalen) Öffentlichkeiten und Debattenformen im komplexen Gefüge einer multipel differenzierten Gesellschaft<sup>7</sup> sind in Bewegung. Hier stehen sich optimistische Einschätzungen der medial ermöglichten Erweiterung des Kreises aktiv Beteiligter (Münker 2009) und skeptische Diagnosen gegenüber.

Die *Skepsis* wird in erster Linie durch die Beobachtung von Tendenzen der *Kommodifizierung* der medial getragenen »Tele«-Kommunikation befeuert. Digitale Medien, die als Plattformen den Kreis der Aktiven extrem ausweiten, erlauben eben dadurch auf der Oberfläche potentiell den ›freien‹ Austausch und die unbeschränkte Teilnahme wirklich aller (soweit sie über Endgeräte verfügen). Aber Format und Qualität der Kommunikation bleiben von der Ausdehnung der Extension des Teilnehmerinnenkreises nicht unberührt. Denn die faktische Realisierung eines potentiell unbegrenzt *multilateralen* Austausches zwischen allen zwingt aufgrund der anthropospezifischen, leiblich verankerten Aufmerksamkeitsökonomie zur zeitlichen und semantischen Überverdichtung (was zu komplex ist, zu viel Wissen, Verarbeitungskompetenz und Zeit verlangt, verliert ›follower‹). Und in diese Selektivität, die letztlich durch das Medium selbst programmiert ist, dringen Filterwirkungen der ökonomischen Unterseite ein, die den Wertschöpfungsimperativen Vorrang vor der freien (»verständigungsorientierten«) Kommunikation und ihrem deliberativen Potential verschaffen. Die ›freie‹ Teilnahme wird – verdeckt durch die nutzerfreundlichen Interfaces – kolonialisiert durch das ungehinderte Eindringen der Marktvergesellschaftung (Streeck 2013; Plehwe 2020) als koordinierendem Selektionsmechanismus, der Themen, Tonlagen und Vernetzungsprofile bestimmt. Zur unhintergehbaren Bedingung der Möglichkeit medialer Plattformen wird die Zweitverwertung der Kontaktbildung zu Werbezwecken.

6 Vgl. zur begrifflichen Unterscheidung zwischen Verbreitungs- und anderen Kommunikationsmedien: Luhmann 1981a: 28 f.

7 Dazu: Renn 2006a und 2014; siehe zum Begriff und seinen Implikationen für unser Thema: weiter unten.

Der Verlust an Autonomie der kommunikativen Performanz, die vom technischen bzw. vom »Medien-Apriori« (schon: Kittler 1985) digitalisierter Kommunikationsmedi- en ausgeht, reicht bis zur intendierten, offensiven Korruption der zivilgesellschaftlichen Deliberation mit den Mitteln der manipulativen Kampagne (prominentes Beispiel gibt der vermutete Zusammenhang zwischen dem »Brexit« und den Aktivitäten von Cambridge Analytica, siehe dazu: Maschewski/Nosthoff 2021). In der *politischen* Diskussion (die sich selbst der Medien bedienen, also selbstreferentiell operieren muss, vgl. Luhmann 1996: 24 ff.) ist die Verzerrung der Kommunikation durch Kommodifizierung und der Verfall bürgerlicher Diskretion in der ständig wachsenden Lawine von »Hass-Sprech« zu beklagen (so auch: Habermas 2021).<sup>8</sup>

### 3 Fragmentierung und verhinderte Repräsentation: problematische Öffentlichkeit?

Trotz dieser Befunde (oder gerade ihretwegen) muss eine *soziologische* Analyse den Alarmismus meiden, der selbst Kind der massenmedialen Kommunikation und ihrer Aufmerksamkeitsökonomie ist (Luhmann 1996). In einer differenzierungstheoretischen Perspektive (Parsons 1996; Alexander 1993; Schimank 1999) zeigen sich eher *Ambivalenzen* der Entwicklung, die in der theoretischen Rekonstruktion auf ein kulturhistorisch *unvermeidliches Paradox* der technischen Extension von Kommunikation und damit auf eine tiefliegende evolutionäre Dynamik hinweisen. *Radius und Norm* (politisch und demokratisch) *anspruchsvoller Kommunikation unter Nicht-Anwesenden* (Luhmann 1981a) stehen notorisch im *Widerstreit*. Dieser Widerstreit ist nicht auflösbar. Er muss in immer neuen Anläufen durch institutionelle Erneuerung, durch technischen Umbau und durch Metamorphosen der Mentalitäten (habituelle Sinnhorizonte sozialer Milieus, vgl. Renn 2014: 284 ff.) verarbeitet und beantwortet werden.

Die öffentliche Diskussion partikularer und kollektiver Entscheidungsprämissen und -optionen (Interessen wie sachliche Alternativen) ist eine historisch gewachsene (und unwahrscheinliche) Form der *Debatte*. Sie definiert sich neben dem *inhaltlichen* Abonnement auf genuin *politische* Fragen durch ihren Radius (öffentlich heißt: potentialiter für alle) und durch die Verpflichtung zu einer spezifischen Reziprozität (niemand ist auf die passive Rolle des Informationsempfängers zu beschränken). Diese Imperative von Radius und Norm der öffentlichen Debatte stehen indessen *notwendig* in einem Spannungsverhältnis, wenn nicht gar in einer paradoxen Beziehung zueinander. Die Erfüllung des eines Imperativs geht – schon aus technischen Gründen – auf Kosten der Beobachtung

8 In der Habermas'schen Stellungnahme zum Missverhältnis zwischen effektiver ökonomischer Globalisierung und einer unterentwickelten europäischen, oder gar weltgesellschaftlichen, *deliberativen* Öffentlichkeit macht sich der Rollenwechsel zwischen kritischem Intellektuellen als Teilnehmer und sozialphilosophischem Beobachter umso prekärer bemerkbar, *je weniger* die universalpragmatische Begründung der normativen Grundlagen einer kritischen Sozialwissenschaft als *unstrittig* gelten kann. Im Falle von Wolfgang Streeck steht und fällt eine ähnliche Rollenfusion mit dem Geltungsanspruch einer revitalisierten politischen Ökonomie (siehe die Diskussion in: Streeck 2014).

des anderen. Der »neue« Strukturwandel der Öffentlichkeiten (Seeliger/Sevignani 2021) kommt deshalb als ein Treiber der Evolution womöglich *neuer demokratischer* Verbindungen zwischen den existentiell auf Selbstverständigung angewiesenen *Kontexten der Lebensführung* der einzelnen Bürgerinnen und Bürger und einem gewissermaßen »um-differenzierten« *politischen System* in Betracht.

Die Imperative von Radius und Norm der öffentlichen Debatte – was immer die sachlichen Effekte ihrer Beachtung sein mögen – treiben im Zusammenspiel zur Differenzierung, weil sie *kategorial* heterogen sind. Sie liegen auf geradezu inkommensurablen Ebenen, denn: was als »öffentlich« gelten kann (im Unterschied zum vorpolitisch Privaten wie auch zum Politischen, dabei aber »Geheimen«), wird in den Dimensionen von Radius und Norm jeweils *anders* bestimmt. Öffentlichkeit wird einerseits durch die Reichweite der kommunikativen Ereignisse (Adressierung und Annahme), in denen sie sich vollzieht, bestimmt. Andererseits beruht die Eingrenzung aber auf der definierenden Qualifizierung der kommunikativen Sequenzen im Lichte der politischen, rechtlichen oder womöglich moralischen Norm einer (ironischerweise) durch *Entgrenzung* bestimmten Kommunikation. Der *Radius* im Sinne der (ihrerseits normativ bewerteten) Extension der Kommunikation legt einen Resonanzraum durch materielle zeitliche und soziale Bestimmungen fest, der mit den (offenen) Grenzen der Teilnahme (kommuniziert wird an »alle«, für alle und vor allen sichtbar, unverborgten etc.) kollidieren muss. Radien folgen insofern zuerst einem *technischen* Kriterium, obwohl die unbegrenzte Erreichbarkeit der Beteiligten eine sine-qua-non-Kondition der Realisierung des hier definierenden *normativ* bestimmten Formats des Austausches bildet. Diese *Norm* legt als Bestimmung »*ad-äquater*« Gegenseitigkeit der Kommunikation die Reichweite und den Sinn (und auch »das Andere« der Öffentlichkeit) im Horizont der *politischen* Relevanz der Themen, des Kriteriums der Zurechenbarkeit und auch der Betroffenheit der Teilnehmer fest.

Die Norm der Öffentlichkeit definiert dabei den öffentlichen Raum (als das Maß eines *adäquaten*, wenn auch technisch vermittelten Austausches) nicht explizit und wenig trennscharf, sondern eher im Modus der Familienähnlichkeit innerhalb einer ganzen Reihe semantischer Titel, wie dem der öffentlichen Hand, des öffentlichen Interesses, der öffentlichen Meinung. All diese Ausdrücke rufen Facetten des Begriffs öffentlicher *Kommunikation* auf, die sich voneinander stark unterscheiden und dabei unterschiedliche, und zwar heterogene Dimensionen der gesellschaftlichen *Integration* aufrufen. Und doch treffen sich diese verstreuten Implikationen des Öffentlichkeits-Konzeptes darin, Öffentliches von Partikularem, von Privatem, von Klandestinem abzugrenzen durch die *normative* Qualifizierung der kommunikativen Materie und des Kreises derjenigen, die dem gerechtfertigten (bzw. das demokratische Verfahren auszeichnenden) Prinzip demokratischer Teilhabe und Teilnahme zufolge zugangsberechtigt sind (Peters 2007).

Natürlich kulminiert in dieser anspruchsvollen Norm des Öffentlichen eine lange Entwicklung. Mit dem antiken Appell, sich des Rückzuges in die private Innerlichkeit des je eigenen Hauses zu entschlagen, im Ruf: »nam tua res agitur« (Horaz), deutete sich bereits in der Evolution *politischer* Formen der Koordination kollektiven Handelns die Dialektik zwischen überhaupt erst öffentlich bestimmter Privatheit und dann privat intendierter Öffentlichkeit an. Die klassische (neuzeitliche und frühmoderne) politische

Theorie, die selbst natürlich semantischer Reflex einer Differenzierungsdynamik war, welche sie explizit/kognitiv als *Teil* der Entwicklung noch nicht einholen konnte, hypostasiert zunächst die personale Substanz («Identität») und das Privatinteresse derer, die sich im öffentlichen Raum als Konkurrenten und bedrohliche Antagonisten begegnen und wahrnehmen (Hobbes 2009; vgl.: Macpherson 1973). Die politiktheoretische Hypostase der Gewaltverhältnisse abstrahiert von ihrer phylo- wie ontogenetischen Sozialisationsgeschichte. Politik als gemeinsame Sache («tua res») muss dem abstrakten Bild der sekundären Vergesellschaftung privater Interessen zufolge erst aus dem Antagonismus und der Egozentrik privater Motivlagen heraus *hergestellt* werden.

Aber die ›gemeinsame‹ Sache bildet auf der Ebene *performativen* Kollektivlebens in der Evolution der gesellschaftlichen Praxis (Differenzierung) zunächst den *originären* Modus der (zunächst gering differenzierten) Sozialorganisation (Durkheim 1992). Sie wird erst dann fraglich, d. h. zum Thema und zum expliziten Topos der öffentlichen Ansage sowie zum möglichen Ziel intendierter politischer Integration, also als ›kontingent‹ typisiert, wenn diese gemeinsame Sache eben schon *nicht* mehr selbstverständlich, wenn also ihre strukturbildende Fraglosigkeit schon *erodiert* ist, und dies geschieht primär durch soziale *Differenzierung*. Wenn die Gesellschaft durch innere Differenzierung an Komplexität gewinnt, die die Reichweite der einfachen Sozialorganisation im Medium der wiederholten, unmittelbaren Interaktion zwischen denen, die eine Gemeinschaft kollektiver Praxis teilen (von der Horde bis zur Haus- und Wirtschaftsgemeinschaft im Sinne von *domus* und *oikos*) überschreitet, werden neue Verfahren und Formate des Entscheidens nötig (Parsons 1996; Reinhard 2002). Von da an müssen sekundäre *Medien* der Kommunikation (Verbreitungsmedien und schließlich »symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien«, siehe: Parsons 1996: 40 ff.; vgl. Renn 2006a: 383 ff.; Renn 2006b) die aufgebrochenen Abstände überbrücken und zur Erfüllung der Funktion gesellschaftlicher Koordination für die überlastete Interaktion unter Anwesenden (Luhmann 1981a) einspringen. Die Paradoxie einer *volonté générale*, d. h. prozedural gesehen: einer öffentlichen *Einheit* der Teilhabe aller *heterogen* gewordenen Teile der Gesellschaft (die ihre *innere* Einheit eben nur durch die Differenz zu anderen Teileinheiten der Gesellschaft bewahren) muss bearbeitet werden. Die desperat gewordene Lebens-Dichte der einfachen praktisch-performativen Aushandlung einer »gemeinsamen Sache« muss durch *Technik* substituiert werden (vgl. auch: Renn 2021: 269 ff.).

Dadurch treten Radius und Norm der öffentlichen Kommunikation (Willensbildung, Deliberation, Debatte) mit der Notwendigkeit unvermeidlicher Nebenfolgen<sup>9</sup> der gesellschaftlichen Differenzierungsdynamik auseinander. Denn die Optimierung der einen Seite (Radius *oder* Norm) muss die Erreichung des anderen Ziels unter Druck setzen.

9 Im Bereich des Politischen gehören zu solchen Nebenfolgen z. B. die durch die Parteienorganisation und durch unvermeidliche Delegation der Interessenvertretung *strukturell* erzwungenen Hierarchisierungseffekte der Stellvertretung. Die Interessenaggregationen durch Parteiapparate (schon: Michels 2012; vgl. auch wieder: Neidhardt 2007) wie auch durch mediale Stellvertretungs-Debatten weisen schon auf Grund des Gefälles der Größenordnung zwischen »Repräsentation« und »Repräsentierten« einen zutiefst selektiven und verzerrenden Charakter auf (vgl. für viele: Kettner/Schneider 2000).

Das treibt den Gestaltwandel des Politischen (der genuin politischen Institutionen bzw. des politischen Systems im Sinne von Luhmann 2000) an (so schon früh: Parsons 1996: 40 ff.). Und diese Dynamik wird im Falle demokratischer Öffentlichkeit besonders angeheizt, weil im Falle der *demokratischen* Form politischer Koordination in komplexer Gesellschaft dem definierenden Anspruch nach die technisch induzierte Maximierung des Radius mit der Erfüllung der Norm der Vollinklusion der Betroffenen trotz praktischer Hürden eigentlich *zusammenfallen* müsste.

Was sich aus früheren Formen der geregelten Auseinandersetzung über eine Sache (Disputation, ästhetische Kritik u. a.) im Zuge der institutionellen Ausbildung demokratischer Rechtsstaatlichkeit als zivilgesellschaftliche *Debattenkultur* entfaltet hat (vgl. Reinhard 2002: 406 ff., besonders 437 ff.), bedeutet bezogen auf Radius und Form deshalb immer die *fiktive Inszenierung* eines integrierten Gemeinwesens, die automatisch auf die maximal inklusive Deliberation öffentlicher Dinge im öffentlichen Rahmen bei öffentlicher Teilhabe von – de jure – allen hinauslaufen soll. Aber das Problem und die Paradoxie des Zusammenspiels von (technischem) Radius und (sozialer) Norm der öffentlichen Kommunikation entfalten sich auch unter der Bedingung der aufrichtigen Bemühung um eine Stellvertretung mit einem am Gemeinwohl orientierten Mandat (›Repräsentation‹ im klassischen Regime der Massen-Verbreitungsmedien) immer wieder neu. Denn *die technische Extension des Radius der politischen Kommunikation kann die Differenzierung von sozialen Sinnhorizonten nicht kompensieren*. Schon bei geringer Größenordnung des Publikums bzw. des rechtlich konstituierten ›Volkes‹ als Grundgesamtheit der öffentlichen Betroffenheit und Auseinandersetzung sind politische Partizipation und Inklusion auf verdichtende ›Repräsentation‹ und notwendig selektive Aggregation der Artikulation des ›Willens‹ angewiesen. Die medial inszenierte Stellvertretung benötigt, befördert und normalisiert eine prekäre semantisch-thematische Reduktion von Komplexität (Kettner/Schneider 2000; Neidhard 2007). Aber diese Selektion muss sich von einer ›authentischen‹, selbstlos vermittelnden Repräsentation umso mehr entfernen, je mehr Heterogenität der Lebensformen und Interessenlagen gleichzeitig unter der Maxime liberaler Toleranz (oder offensiv unterstützter ›Diversität‹) im Regelungsraum der ›gemeinsamen‹ Sache realisiert wird und Anerkennung finden soll.

Die Umstrukturierung der *medialen Infrastruktur* jener für die (Massen-) Demokratie so unverzichtbaren stellvertretenden öffentlichen Debatte durch ›Digitalisierung‹ scheint nun dem ersten Eindruck nach eine Reihe von Nachteilen der klassisch modernen ›Repräsentation‹ zu beheben: wenn alle auf den digital bereiteten Plattformen, in den irreführenderweise »soziale Medien« genannten Kommunikationsforen zu Wort kommen, könnte der Zwang zur (verzerrenden) Verdichtung (Luhmann 1996) überwunden werden (Münker 2009). Zwar kann noch immer nicht jeder und jede faktisch hineinreden in die res publica, aber eine gezielte Intervention durch eigens darauf Spezialisierte oder einen am Gemeinwohl ausgerichteten »Investigativjournalismus« (Mölders 2019) scheint doch denkbar?

Der Schein trügt indessen, und das Verhältnis zwischen Radius und Norm öffentlicher Kommunikation bleibt auch unter veränderten technischen Bedingungen paradox. Gerade die telekommunikative *Erweiterung* des Radius der öffentlichen Kommunikati-

on und des Umfangs der Gruppe der aktiven Teilhaberinnen um vormalig (in der alten Medienlandschaft) *passive* Mediennutzer (Zeitungsleser, Fernsehpublikum) *verhindert* die Erfüllung der Norm öffentlicher Debatte, sofern diese Norm anspruchsvoll im Sinne deliberativer Demokratie und ihres enormen Verständigungspensums in sachlicher, sozialer und zeitlicher Dimension begriffen wird. Das liegt nicht am bösen Willen oder an den auf Dividenden abzielenden Korruptionen der Verständigungsorientierung (allein). Sondern es folgt aus dem *notwendigen* Missverhältnis zwischen der Kommunikations-Ereignis-Dichte im Netz und der Verarbeitungskapazität der einzelnen, immer noch im Medium *subjektiver* Sinnkonstitution (Schütz 2004) kommunizierender »Nutzer«.

Das Netz erweitert die Lebenswelt (mit A. Schütz 2004: den Radius der Umweltlichkeit im Unterschied zur Mitwelt) *potentialiter* ins Unermessliche, denn man kann jetzt jeden und jede erreichen, aber faktisch realisieren lässt sich eben dies nicht innerhalb der Spanne des einen, eigenen Lebens und auf Basis der Kapazitäten von Verständigungsformen, die sich am Format der Interaktion unter Anwesenden entlang gebildet haben. Insofern liegt die von Habermas diagnostizierte Tendenz zur »Halböffentlichkeit« (siehe oben) in der ›Natur‹ der Sache einer technischen Erweiterung des Radius der Debatten. Denn auf dieses Missverhältnis<sup>10</sup> zwischen Rufweite und Verarbeitungskapazität antwortet eine Ausdifferenzierung, die den vormalig zur Aggregation von Themen (und von Entscheidungsalternativen) fähigen Stellvertreter-Diskurs in den Medien, in denen wenige für viele debattierten, in eine unüberschaubare Vielzahl von kleinen Foren fragmentiert.

Diese neuen, zahllosen virtuellen Kommunikationsräume schotten sich voneinander ab, teils wegen milieuspezifischer Kommunikationsstile (selektive Wahrnehmung und Reflexionsdefizit als latente Strategie der Reduktion von Komplexität), teils aufgrund von Rückkoppelungseffekten der von Algorithmen besorgten Vernetzung zwischen einander ähnlichen Nutzern (»Echokammer«). Diese Vernetzung hat den Charakter einer – am Ende auf Werbe-Einnahmen ausgerichteten – algorithmisch bewerkstelligten Anbahnung von selbstreferentiellen Partikular-Netzwerken. Sie scheint zu den Hauptcharakteristika der oben beschriebenen Kommodifizierung der öffentlichen Plattformkommunikation zu gehören (Jarren/Fischer 2021).

Es ist dennoch keineswegs davon auszugehen, dass allein die finanziellen Interessen der Betreiber von digitalen Medienforen die ›digitalisierte‹ Kommunikation daran hindern, eine wahrhaft befreite Massenkommunikation zu werden, die der politischen Deliberation zuträglich wäre. Der Kern des Problems und die Wurzel der Paradoxie im Verhältnis zwischen Radius und Norm politisch öffentlicher Kommunikation liegt ja offenbar nicht in der Korruption durch die Auslieferung der Netze an die Märkte. Das Problem liegt, wie gesehen, tiefer und resultiert aus dem Gefälle zwischen der gesellschaftlichen Komplexität (d. h. dem Zwang zur Expertise-basierten Spezialisierung von entsprechend sachlicher Problembehandlung) und der Verarbeitungskapazität einer an Interaktion zwischen echten Personen angelehnten Kommunikationsweise.

10 Eine Spannung, die mit anderen Referenzen, was die Träger sinnhafter Zeithorizonte angeht, schon von Hans Blumenberg als Schere zwischen Lebens- und Weltzeit beschrieben wurde (vgl. Blumenberg 1986).

Digitale Kommunikation ist keine Interaktion. Austausch und Verkehr in digital konstituierten Kommunikationsforen *suggestieren* bestenfalls, dass sie in allen relevanten Hinsichten eine Art von authentischer sozialer Interaktion wären. Die Differenz zwischen Interaktion und (verbreitungs-) medial vermittelter Kommunikation via Bildschirm ergibt sich zuerst aus dem Ausfall ›leiblicher‹ Ko-Präsenz in zeitlicher, semantischer (etwa bezogen auf performative Indexikalisierung von propositionalen Gehalten) und anderer Hinsicht. Sie muss als noch immer ungenügend untersucht gelten (vgl. aber z. B.: Sutter 2010). Es überwiegt im Feld soziologischer Analyse bislang eine »postmodernistische« Faszination durch die »Virtualität« spezieller Sinnwelten und Identitäten (siehe vor allem: Turkle 2007; vgl.: Kardorf 2006; Humer 2008). Interaktion folgt indessen fraglos einer anderen Logik der *Synchronisation* zwischen den Trägern intentionaler Sinnverarbeitung (Personen) als die entkoppelte und asynchrone, wenn auch wechselseitig aufeinander bezogene Nutzer-Kommunikation (vgl. Renn 2006a: 264 ff. und 295 ff.). Auch deshalb gilt für die ›Intersubjektivität‹ von Sinnverarbeitung und Kommunikation, dass die Schere zwischen systemischen, subjekttranszendenten Selbstorganisationen eines Diskurses und dem jeweiligen, personal realisierten »subjektiven Sinn« in digitalisierter Kommunikation deutlich weiter auseinandergeht, als in der Performanz der Interaktion zwischen Anwesenden.<sup>11</sup>

Die Vermehrung der Anzahl der Beteiligten und die Vermehrung des »content« bedeuten deshalb nicht, dass von der Verbreiterung des Radius eine Steigerung der deliberativen Rationalität des resultierenden Outputs zu erwarten ist. Es werden im Gegenteil im Vergleich zur ›Qualitätspresse‹ alter Zeiten (»Bonner Republik«) nur deutlich schwächere Aggregationseffekte (Bündelung der politischen Debatte und der strukturierenden Grundkonflikte) möglich. Im klassischen Medienregime, das politische Institutionen und zivilgesellschaftliche Verständigung durch Stellvertreterdiskurse verschränken konnte, gehörten zu solchen Aggregations-Effekten neben der Reduktion von gesellschaftlicher Komplexität auf überschaubare ordnungspolitische Grundoptionen (etwa: ›links‹ versus ›rechts‹) auch die effektive Etablierung der Gemeinwohlorientierung als ein verbindlicher normativer Referenzrahmen der Deliberation (›Grundkonsens‹). Im Effekt tendiert darum die digital konstituierte *Fragmentierung des öffentlichen Kommunikationsraumes* in Richtung einer Verfehlung, wenn nicht gar Verletzung der inklusiven Norm öffentlicher Deliberation. Wenn das *Nullsummen-Spiel* zwischen Radius und Norm der medial verfassten Kommunikation die Einrichtung und Aufrechterhaltung einer *rationalen* öffentlichen Kommunikation hindert, dann hilft wieder nur soziale Differenzierung.

11 Dieses systematische Argument, das sich auf die Triangulation zwischen Sinnhorizonten und Trägern der operativen Verarbeitung von zeitabhängigem sozialen Sinn bezieht (Renn 2006a: 264 ff.; Renn 1997) müsste vertieft werden, aber hier muss ein Querverweis auf die leibliche Dimension der »Indexikalisierung« allgemein typisierten sozialen Sinns in der Interaktion genügen, der sich berufen kann auf: Garfinkel 1967.

## 4 Multiple Differenzierung, Zivilgesellschaft und politische Kommunikation

Der Wandel der Kommunikationsmedien steht aus der Sicht einer soziologischen Differenzierungstheorie in engstem Zusammenhang mit der historischen bzw. evolutionären Entwicklung von gesellschaftlichen Formen der *Handlungskoordination* und ihres Verhältnisses zueinander. Wenn die Zunahme an Komplexität der Gesellschaft sich auch durch die Diversifizierung von koordinierenden Medien der Kommunikation vollzieht (neben der Interaktion, Verbreitungsmedien und symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien, vgl. Luhmann 1981a), wenn die Differenzierung gerade in dieser Medienvervielfältigung zum Ausdruck kommt, dann muss an die Stelle einer eindimensionalen Theorie primärer Differenzierungsformen (etwa: funktionale statt hierarchische Differenzierung des Ganzen, wie bei: Luhmann 1981b) eine *Theorie der »multiplen Differenzierung«* treten (vgl.: Renn 2006a: 68 ff. sowie Renn 2014 und 2018). Komplexitätsveränderungen (nicht unbedingt: -steigerungen) auf dem Weg in die Moderne müssen als Ausformung einer sozialen *Differenzierung zweiter Ordnung* begriffen werden.<sup>12</sup> Darin liegt methodisch gesehen eine theorieintern überfällige, wenn auch schon durch G. Simmel grundlegete (vgl.: Renn 2018) Reaktion auf den Pluralismus der differenzierungstheoretischen Vokabulare im soziologischen Diskurs (Renn 2011; Schimank 1999). Die *funktionale* Differenzierung löst im Strukturkern der (Welt-) Gesellschaft die hierarchische Differenzierung nicht einfach ab, sondern hierarchische Ordnungsmuster (Schichtung, Gender-Asymmetrien, Ethnisierungen von Zugangschancen) *reproduzieren* sich, nun aber – in der Folge der Institutionalisierung *systemischer* Formen der Koordination wie »freien« Märkten, staatlichen Bürokratien, positivem Recht u.a.m. – in anderer Form und unter anderen Bedingungen. Funktionale Differenzierung ist also nicht, wie die Standarderzählung der Systemtheorie und manche ihrer systemtheorieexternen Vulgarisierungen behaupten, die Form oder Struktur des Ganzen (der Gesellschaft), sondern sie ist das partikulare (wenn auch global extendierte) Strukturmuster einer selbst ausdifferenzierten, eigenen *Ordnungsebene* (Systembildung). Funktionale Differenzierung ist somit ein Teil-Produkt der Verzweigung von Differenzierungsformen, einer Multiplizierung struktureller Grenzbildungsmuster. Das Ordnungsmuster der funktionalen Differenzierung etabliert auf einer eigens ausdifferenzierten Ebene der abstrakten bzw. »codierten« Koordination von Handlungen und Handlungsfolgen (Habermas 1981) Felder der systeminternen »Bereinigung« von externen Gesichtspunkten der Sinn- und Handlungsselektion (wie etwa »Werte«). Aber diese Felder wirken auf die *performative* Ebene der praktischen Lebensführung realer Personen in materiellen Räumen der Interaktion nur indirekt, übersetzt und spezifiziert im Medium habituellem Sinnverarbeitung (ausführlich: Renn 2006a: 397 ff.).

12 Es erweitert sich der Spielraum der Theoriebildung und der Analyse des empirischen Variantenreichtums, wenn wir davon ausgehen, dass historisch und regional unterschiedliche Differenzierungsmuster sich als Konstellationen einer *Differenzierung von Differenzierungsformen* verstehen lassen (Renn 2006a: 397 ff.; vgl. auch: Alexander 1993 und – wenn auch mit einem methodologisch individualistischen Bias: Giddens 1997).

Die Effekte funktional differenzierter systemischer Kommunikation auf situier-tes Handeln und Erleben können deshalb (wegen dieser Art der Lagerung im sozialen Raum) als solche *regional unterschiedlich dominant* geworden sein. Im Feld des *Politischen* bringen sich solche variablen Dominanzverhältnisse in den regional unterschiedlichen Ausprägungen ›funktionierender‹ Staatlichkeit zum Ausdruck (die im materiellen Sinne – es gibt einen für die Sozialstrukturanalyse bedeutenden *metaphorischen* Sinn des Raumbegriffs – räumliche Dimension sozialer Differenzierung gliedert sich auch deshalb zweifellos in einzelne »Länder«, die je nach Durchschlagskraft funktionaler Differenzierung nicht immer »Staaten« im Vollsinn des rechtlich konstituierten Begriffs sein müssen bzw. können).

An die Stelle der Primats-Frage, ob nun Stratifikation oder funktionale Spezialisierungen das ›Wesen‹ spätmoderner Gesellschaft sind, tritt für die Heuristik der soziologischen Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklungen die Unterscheidung zwischen *abstrakten und konkreten* Ordnungsebenen. Systeme bilden Selektionsordnungen im Medium symbolisch generalisierter Kommunikation (im Medium Geld bestimmen sich Preise, im Medium Recht werden »Rechtstatsachen« bestimmt), soziale Milieus bilden performative Sinnhorizonte, in denen Handlungen unter Rückgriff auf das implizite Wissen eines kollektiven Habitus (Bourdieu) selektiert (verstanden, gedeutet, bestimmt, beantwortet, motiviert etc.) werden.<sup>13</sup> Solche im Vergleich heterogene Kontexte der Handlungskoordination (z. B. der Markt im Vergleich zum sozialen Milieu, dem kommunalen Raum des Quartiers etc.), lösen einander nicht einfach ab (Markt statt Familie?), sondern sie bilden *diachron* gesehen auf jeweils unterschiedliche Weise zueinander Grenzen aus und treten damit in hochgradig diversifizierte gesellschaftliche Einflusskonstellationen ein.<sup>14</sup>

Für das Politische bedeutet dies z. B., dass die historisch zuerst *interaktiv* zur Wirkung gebrachte Macht in der Folge gesellschaftlicher Evolution in rechtlich, administrativ und dann politisch-institutionell *codierte* Machtausübung überführt wird (vgl. auch Reinhardt 2002). Aber die hierbei entstehenden Organe eines abstrahierten politischen Systems (Luhmann 2000) müssen ihre Wirkungen auf dem Wege zur faktischen Einzelhandlung durch die *Filter kultureller Horizonte* hindurch entfalten (durch die soeben erwähnten habituell reproduzierten Sinnhorizonte sozialer Milieus). Diese Filter (also die Milieukontexte) sind ihrerseits im Plural gegeben. Die Pluralisierung (systemisch in In-

13 Ein Indiz ist die Kategorie traditionellen Handelns, das im Zuge der Modernisierung eben nicht, wie der Primat versachlichter und funktional differenzierter Rationalisierung Glauben machen könnte, an Relevanz verliert, sondern nur seine Rolle durch Konstellationswandel verändert (siehe ausführlich zu diesem Punkt: Renn 2014: 139 ff.).

14 Die gegenseitigen Einflüsse ausdifferenzierter Ordnungsebenen auf einander sind nicht als kausale Einflüsse oder als determinierende Wirkungen zu betrachten, weil die Differenzierung sich als Etablierung von Grenzen zwischen Sinnhorizonten realisiert (in Luhmanns Augen als Interdependenzunterbrechung von Selektionsordnungen, die Umwelten für einander bilden). Es gibt, solange Differenzierung Bestand hat, hier keine direkt steuernde und motivbildende Formatierung des Handelns durch z. B. systemische Programme (wie noch bei Parsons 1996), sondern die wechselseitigen Einflüsse sind als Übersetzungsverhältnisse zu konzipieren (Renn 2006a, 2014).

terdependenz gebrachter) Milieuhorizonte (›Kulturen‹ oder auch ›Gruppen‹) bilden eine hermeneutisch verfasste Polykontextualität der Spezifikation allgemeiner Imperative, die in sich eben *nicht* funktional, sondern kulturell, und das heißt: praktisch-performativ differenziert ist.<sup>15</sup> Eine konstant relevante Ordnungsebene im Feld der Politik, der demokratischen Ordnung, bleibt deshalb trotz funktionaler Differenzierung, Systembildung und gigantischer politischer Apparatur die situationsgebundene Interaktion (dazu: Renn 2011 und Renn 2021: 269 ff.). Denn hier machen sich funktional differenzierte eigenlogische Kontexte Bürokratie etwa – als *externe* Imperative geltend; so aber, dass sie qua Konkretisierung uminterpretiert, vor allem aus abstrakter oder formaler Verfassung in je spezifische (re-indexikalisierte, in situ anschlussfähige) Folgen übersetzt werden.

Für die *digitalisierte* demokratische (und womöglich dennoch zivilgesellschaftlich fundierte) Deliberation, für die Beziehung zwischen Norm und Radius der öffentlichen Debatte, bedeutet das Strukturprofil einer multipel differenzierten Gesellschaft, dass Form und Folgen einer wechselnden Medieninfrastruktur durch die *Differenzierung* von Gestalten, von Aggregatzuständen und Institutionalisierungs-Formaten des Politischen bestimmt werden. Die Genese eines Funktionssystems Politik, das abstrakt typisierte Entscheidungsformate und -prozesse im (symbolisch generalisierten) Medium der Macht und im Format von Programmen einzelner Politiken koordiniert, kann die politische Kommunikationsform einer *interaktiv vollzogenen* zivilgesellschaftlichen Debatte in der Bodennähe milieuspezifischer ›Praktiken‹ also *nicht auflösen oder ersetzen*. Aber die Genese eines politischen Systems ändert folgenreich die Kontextbedingungen, unter denen sich milieuspezifisch (habituell) politische Verständigungen und Prozesse der Willensbildung vollziehen. Umgekehrt, d. h. in Gegenrichtung – Aggregationseffekte durch Medien »öffentlicher« Debatte eingeschlossen – versorgt die Unruhe der »Subpolitiken« (Hitzler 2002) in kulturell ausdifferenzierten Kontexten der Lebensführung den Betrieb einer technisch rationalisierten, auf systemische Reibungslosigkeit (›technokratisch‹) fixierte Politik mit Irritationen und Problembewusstsein.

Mit der Heuristik einer Theorie der multiplen Differenzierung erreicht die *politische* Theorie hier die hinreichende Tiefenschärfe. Denn die Strukturbedingung einer Differenzierung von Differenzierungsformen fördert zutage, dass die zentralen *politischen* Gegensätze in der modernen Gesellschaft nicht einfach zwischen Gruppen, Familien oder zwischen ›Kapital‹ und ›Arbeit‹ bestehen. Eine *besonders* strukturelevante Differenz ist vielmehr der Unterschied zwischen abstrakten Systemen und konkreten Milieus der politischen Entscheidung. Nicht ein vermeintlich allgemein – in der politischen Philosophie lautstark zelebrierter – Gegensatz zwischen Freund und Feind formiert die Leitdifferenz spezifisch politischer Ordnung der Handlung und der Kommunikation in der Moderne (Mouffe 2014; Schmitt 1996). Nicht die »agonistische« Grundopposition zwischen unversöhnlichen Teilen der Bevölkerung (Mouffe) bzw. zwischen ordnungspolitisch unversöhnlichen Lagern konstituiert das Politische. Differenzierungstheorien

15 Und genau diese »Filterwirkung«, das Durchschreiten der Kaskade von Übersetzungen auf dem Weg von der abstrakten Ebene zur Konkretion (Renn 2006a: 406 ff.), vollzieht sich dann wiederum jeweils *regional* (je nach ›Land‹) auf eigene Weise.

legen frei, dass das fundamentale, konstitutive »andere« (Butler 1997: 23 ff.) der zivilgesellschaftlichen Debatte im Sinne einer Habermas'schen deliberativen Demokratie die zum politischen System gewordene Kristallisation geradezu technischer (aber eben auch professioneller) politischer Kommunikation ist. Für die multipel differenzierte Politik und somit auch für die Beziehung zwischen Radius und Norm der öffentlichen Kommunikation zweiter Ordnung ist also die Beziehung zwischen abstrakter Politik (System) und konkreter Situation, zwischen professionellem politischem Apparat mit seinen eigenen Diskursformaten einerseits und der Vollzugsdimension politisch koordinierter Lebensführung andererseits das einschlägige Politikum. Die Grenzbeziehungen und Übersetzungsverhältnisse zwischen System gewordener Politik und performativer Ebene habitueller Selbstverständigung sind das Signum moderner Politik und die zentrale Herausforderung für die Formate öffentlicher Kommunikation.

Das gilt besonders für die Demokratie im konstitutionellen Rechtsstaat, so dass direkte Demokratie ein Phantasma auf der Linie desperater (illusionärer) Vergemeinschaftung ist (Renn 2014: 192 ff.), die den unausweichlichen Umweg politischer »Selbsteinwirkung« durch die Übersetzungskaskaden der Verwaltungstätigkeiten verzweifelt leugnen und abkürzen wollen muss (vgl. Habermas 1992: 349 ff.). Analog zum illusionären Status einer direkten (praktisch hic et nunc realisierbaren) demokratischen Selbstbestimmung funktioniert die Überschätzung der digitalisierten Kommunikation als einem Medium, dass die Teilhabedefizite der Stellvertreterkommunikation im problematischen Modell politischer Repräsentation (durch Parteien oder durch Intellektuelle), kompensieren könnte. Diese Überschätzung beruht auf der Verwechslung digitaler Plattform-Kommunikation mit der direkten Interaktion zwischen Anwesenden, die sich auch transsituativ kennen (siehe oben).

## 5 Debattenkulturen im Medienwandel: Soziogenesen

Die *Debattenkultur* eines Landes als Horizont und als Grundlage der öffentlichen Kommunikation in einem (systemisch, nämlich rechtlich aber auch kulturell) abgegrenzten regionalen Ausschnitt der Welt-Gesellschaft (d. h. in einem ›Land‹) muss im Lichte der Differenz zwischen systemisch codierter Kommunikation und performativen Verständigungen, die sich in habituell milieuförmiger Weise vollziehen, beleuchtet werden. In langfristiger, evolutionstheoretischer Perspektive fällt dabei die starke historisch-kulturelle Varianz ›öffentlicher Kommunikation‹ auf und ins Gewicht. Die zur vernünftigen Deliberation (Norm der öffentlichen Kommunikation) befähigende Form des politischen Diskurses stellt ganz offensichtlich eine gesellschafts-, kommunikations- wie demokratietheoretisch betrachtet höchst *unwahrscheinliche* Formatierung von Kommunikation dar. Im Lichte der Norm und des Radius einer gehaltvollen öffentlichen Kommunikation stellt sich ihre Genese als eine Art Durchbruch zur Möglichkeit dar, versachlichte Argumentation und personale Dezentrierung (›Anerkennung‹ in Unabhängigkeit von tradierten, substantiellen Zugehörigkeiten und zugeschriebenen Eigenschaften) als ein dauerhaft und wiederholt nutzbares Format zu etablieren. Sprachlich vollzogene Kon-

troversen mit politischer Referenz sind historisch keine Ausnahmeerscheinung, aber die Bereinigung des diskursiven Formates zugunsten einer befreiten Sachorientierung und der Anerkennung von Sprechpositionen, die sich durch Wissen und von der Sache her autorisieren<sup>16</sup>, stellt gegenüber den ansonsten mit Macht, Hierarchie, Partikularismus, sozialer Bindung, Loyalität, religiöser Furcht u.v.m. fusionierten Traditionen interaktiver Aushandlung und politischer Performanz einen erheblichen Struktur-Bruch dar. Die Anerkennung der Normen einer sachlichen Debatte betrifft die Person nur in abgeleiteter Weise, denn sie ist eine *Anerkennung zweiter Ordnung*, die sich primär auf ein *Kommunikationsformat* (bei sekundärem, weil daraus abgeleiteten, Status der Sprechrollen) richtet. Es kommen hier die Sprecher und Sprecherinnen nicht als individuelle Personen innerhalb von konkreten Reziprozitäts- und Hierarchielagen ins Spiel, sondern sie treten sekundär auf als Trägerinnen von ausdifferenzierten, *erst durch das Debattenformat realisierbaren*, Sprech- und Kommunikationsrollen.

Von größter Bedeutung ist dabei *soziologisch* (für den differenzierungstheoretischen Angang) die Einbettung eines solchen Durchbruchs in umfassende gesellschaftliche Lagen und *Tendenzen*. Die *multiple Differenzierung*, die weiter oben skizziert wurde, gibt den Hintergrund für eine entsprechende Analyse des genannten Formates der Debatten. Ihr zufolge bildet erst die Ausdifferenzierung und die effektive Etablierung einer technisierten Politik, die Genese der systemischen Erscheinungsweise der politischen Dimension gesellschaftlicher Kommunikation im Zuge neuzeitlicher Staatenbildung (Reinhardt 2002), das »konstitutive Außen« (Butler 1997) für eine rationale *zivilgesellschaftliche* Form politischer Diskussion.<sup>17</sup> Die Differenzierungstheorie zeigt, dass sich durch die »negative Konstitution«, d. h. durch die strukturelle Entkoppelung von funktionalen Aufgaben politischer Koordination und praktischer Verständigung in den Kontexten existentieller Lebensführung (Stichworte wären z. B. »Gewaltmonopol«, aber auch »Schulpflicht«) in den dadurch geschaffenen Freiräumen eine zivilgesellschaftliche Orientierung und entsprechende Verkehrsformen entfalten können. Die Form der öffentlichen Debatte und das allgemeine Rollenformat einer Teilnehmerin konnte intentional, in der Vorstellung der Protagonisten und soziokulturell, in den Kategorien der gepflegten Semantik einer soziohistorisch-kulturellen Region, Kontur annehmen nur durch indirekten, aber Kontrast schaffenden Bezug auf jenes, was an politischer Kommunikation aufgrund der Erfahrung mit dem politischen System einer autonom gewordenen (entkoppelten) Staatlichkeit als

16 Öffentliche Kommunikation ist also in historischer Perspektive und mit Bezug auf die Norm deliberativer Rationalität zu charakterisieren (begrifflich zu bestimmen) durch den Primat der *Sachorientierung* einer weitgehend ritualisierten (eventuell formalisierten) Kontroverse und in der sozialen Dimension durch die Gewährleistung einer Position der Teilnehmerinnen, die von sonstigen sozialen Lagen und Zugehörigkeiten, die durch zugeschriebene Identitäten gebildet sind, abstrahiert (Amt, Expertise oder eben andere Arten der erworbenen Qualifizierung debatten-kompetenten Personals). Darin liegt eine »Anerkennung« zweiter Ordnung, sofern nicht die Person, sondern die Position, die eine Person einnehmen kann, gewährleistet wird.

17 Es ist also nicht einfach der »Lernprozess« eines bürgerlichen Publikums, das sich im Feld ästhetischer Kritik einübt in den politischen Gebrauch der eigenen Urteilskraft (wie bei Habermas: 1991 [1962]).

*verwerflich* erscheinen musste. Erst der Verlust der Identität von sozialem Verband und explizit *politischer* Ordnung, die *erfahrbare* Trennung der Rollen von Autor und Adressat (Unterworfenen) politischer (und dann rechtlich sublimierter) Imperative schafft die Exteriorität, in Abgrenzung zu der sich eine Debattenkultur als Anwärter auf die öffentliche Kommunikation im zivilgesellschaftlich fundierten Rechtsstaat entwickeln konnte.

Eine Analyse von Formen und Folgen der ›Digitalisierung‹ öffentlicher Kommunikation, die sich der bloßen Verfalls-Perspektive enthält (siehe oben), kann aus dem differenzierungstheoretischen Zugriff Nutzen ziehen. Zu den bedeutsamen Folgen einer Umstellung des medialen Regimes öffentlicher Debatten gehören unter den vorgestellten Bedingungen neue *Soziogenesen*. Die medial gestützte Modifikation einer oder mehrerer Debatten- und Deliberationsform(en) werden Folgen für den sozialen Raum haben, die Bildung neuer und neuartiger Milieus anregen, die sich in ihrer Binnenstruktur und in ihrem Umgang mit Personen nicht zuletzt wegen der medial induzierten Kommunikationsformate von traditionellen Formen der Vergemeinschaftung deutlich unterscheiden (Kardorf 2006). An die Stelle voreiliger Verfallserwartung könnten unvoreingenommene Bestandsaufnahmen neuer Soziogenesen treten. So kann sich z. B. die bereits ältere Einsicht in die »Vorteile schwacher sozialer Bindungen« (Granovetter 1973) als aufschlussreich erweisen für die Analyse digital induzierter Formen sozialer Milieus und Verständigungsformate (dezentrierte und zivile Formen der kommunikativen ›Nähe‹).

Der Trend zur ›Digitalisierung‹ muss bei der Analyse solcher Entwicklungen also differenzierungstheoretisch eingebettet werden. Ohne Zweifel modifiziert der Übergang zu digitalen Netzwerken die Regeln vieler sozialer Sprachspiele. Die Normen der politischen Deliberation, die Formate einer Streitbaren Partizipation, die Extension agonaler Diskurse und die symbolische Dichte aggregierter kultureller Selbstverständigung sind in Bewegung geraten (Seeliger/Sevignani 2021). Und diese Bewegung weist, wie gesagt, starke Tendenzen auf in Richtung Fragmentierung der Kommunikationsräume. Aber der Medienwandel steht in unübersichtlicher *Wechselwirkung* (in einem reziproken Verhältnis negativer Konstitution) mit der kulturellen Ausdifferenzierung *verschiedener* Arenen sozialer Kommunikation.

Desiderat der Forschung ist darum die Suche nach und die Analyse von Symptomen eines neuen Regimes der (im mehrfachen Sinne) medial fundierten Soziogenese von Positionen und (zurechnungsfähigen, etwa: Rechte beanspruchenden) Einheiten im Spiel öffentlicher Debatten (was und wer wird nach der Nation, der Zivilgesellschaft, der Community, der Bürgerin, der Interessengruppe durch mediale Debattenformate zu einem ›Agens‹ des verhandlungsfähigen Interesses und der anerkennungswürdigen Identität?), letztlich nach einem »Strukturwandel« der »Öffentlichkeit« zweiter Ordnung, der sich von der Vorstellung, die Habermas selbst formuliert hat (Habermas 2008 und jüngst: Habermas 2021 und 2022) *unterscheiden* muss. Die Optik einer normativen Theorie, die die öffentliche Kommunikation öffentlicher Dinge in ihrer integrativen und kritischen Funktion zwischen der Zivilgesellschaft und dem politischen System (Habermas 1992: 399 ff.) durch die Kommodifizierung und Ökonomisierung einer Plattform-Medialität in ihrer Funktion und Wirkung bedroht sieht, neigt zur Beschränkung auf die Verfallsperspektive.

Die Perspektive der multiplen Differenzierung ist demgegenüber empirisch und heuristisch offen und bereit für eine ungleich größere Varianz in der Evolution der Gesellschaft. Die multiple Differenzierung (d. h. im Kern die Ko-Evolution der ›gleichursprünglichen‹ Formen funktionaler und kulturell (hermeneutischer) Differenzierung) erzeugt nämlich beides: *sowohl* die demokratisch-rechtsstaatliche Form der (progredient inklusiven) Integration eines politischen Gemeinwesens inklusive entsprechender reflexiver Anspruchslagen, *als auch* deren strukturelle Unterminierung. Die Übersetzungsverhältnisse, in die sich ein vormalig (aber auch da nur vermeintlich) kompaktes, hierarchisch gesteuertes gesellschaftliches ›Gesamtsystem‹ ausdifferenziert hat (was *alteuropäisch* als Prozess der Moderne beobachtet wurde), sind durch eine strukturelle Heteromorphie der Teilsysteme und Milieus ausgezeichnet, die als einschränkende Bedingung (direkte Wirkungen sind blockiert) zugleich ermöglichende Bedingung (Autonomie der Teilsphären) der Einheit aus politischer Identität (Öffentlichkeit und allgemeines Interesse) und Differenz (Delegationszwang und prekäre ›Repräsentation‹) werden. Ohne Übersetzungsbeziehung zwischen den ausdifferenzierten Institutionen der gesellschaftlichen Selbstbestimmung (Kreislauf der Macht) gibt es keine semantische Erzeugung und keine faktische Verankerung der regulativen Idee demokratischer Selbstbestimmung. Weil es aber diese Übersetzungsverhältnisse sind, aus denen der Geist der Emanzipation des ›Volkes‹ entspringt, bleibt die sachliche Referenz der Bezugsgröße dieser Selbstbestimmung, bleibt das Volk selbst eine (notwendige) Chimäre. Und nur die ihrerseits *strukturell bedingte Vergesslichkeit* hält die Orientierung an der regulativen Idee *vernünftiger* Vergesellschaftung am Leben. Es ist dies die Vergesslichkeit, die einem reflexiven Typus soziokultureller Milieus (entsprechender kollektiver, habitueller Gewissheiten) eigen ist. In diesem Milieu schließt man aus der universalistischen Implikation des eigenen dezentrierten Selbstverständnisses (Anerkennung des anderen und Gemeinwohlvorbehalt) auf die universale Geltung der Prinzipien, denen die Angehörigen folgen. Ohne diese Vergesslichkeit verliert der Überschuss partikularer, öffentlicher Abwägung, verliert die Ausrichtung auf eine gerechte Gesellschaft, ihre kulturelle und institutionelle Verankerung.

Der »neue Strukturwandel der Öffentlichkeit« bringt insofern nur strukturelle Bedingungen ans Licht, deren *Verkennung* historisch für die Genese des demokratischen Rechtsstaats als lokaler Realisierung von globalen Übersetzungsverhältnissen unbedingt erforderlich war. Jetzt ist es an der Zeit, die normativen Prinzipien einer aufgeklärten Vergesellschaftung in die neuen Lagen zu übersetzen. Und das bedeutet, ein funktionales Äquivalent für die klassisch-moderne Vergesslichkeit universalistischer (aber eben partikular verankerter) Positionen bezüglich ihrer Kontingenz zu finden. Diese Vergesslichkeit kann sich die Gesellschaft, können sich die Lebensformen und Milieus nicht mehr leisten, weil die latente Partikularität unwiderruflich ans Tageslicht getreten ist und die evolutionären Prozesse einer Gesellschaft nicht mehr in die Radien menschlich fassbarer Steuerung zurück zu definieren sein werden. Auf ein funktionales Äquivalent kann die Gesellschaft gleichwohl nicht verzichten. Wenn die Durch-Privatisierung des Wissens und Meinens nicht zur ubiquitären Dominanz des Rechts der Stärkeren führen soll, dann braucht das Prinzip adäquater Repräsentation eine übersetzungstheoretisch aufgeklärte und durch Differenzierung sublimierte Neufassung.

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1963): »Fernsehen als Ideologie«. In: ders.: *Eingriffe. Neun kritische Modelle*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 81–99.
- Adorno, Theodor W. (2003): *Einleitung in die Soziologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Alexander, Jeffrey C. (1993): *Soziale Differenzierung und kultureller Wandel*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Bevir, Mark (2013): *A Theory of Governance*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- Blumenberg, Hans (1986): *Lebenszeit und Weltzeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Über das Fernsehen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1997): *Körper von Gewicht*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Czerwick, Edwin (2002): »Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Von Weimar zur Bundesrepublik«. In: *Geschichte und Gesellschaft* 28. Jahrg., H. 2, *Kontinuität und Wandel in der Politik der frühen Bundesrepublik* (Apr. – Jun., 2002), S. 183–203.
- Dewey, John (2004 [1939]): »Erfahrung, Erkenntnis und Wert. Eine Replik«. In: ders. *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 362–463.
- Durkheim, Emile (1992): *Über soziale Arbeitsteilung: Studien über die Organisation höherer Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fischer, Renate/Jarren, Otfried (2021): »Die Plattformisierung von Öffentlichkeit und der Relevanzverlust des Journalismus als demokratische Herausforderung«. In: *Leviathan*, Jahrgang 49, Sonderband 37, 2021, S. 365–385.
- Garfinkel, Harold (1967): *Studies in Ethnomethodology*. Englewood Cliffs/New Jersey: Prentice Hall.
- Giddens, Anthony (1997): *Die Konstitution der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Granovetter, Mark (1973): »The Strength of Weak Ties«. In: *American Journal of Sociology*. Jahrgang 78, 1973, S. 1360–1380.
- Habermas, Jürgen (1991 [1962]) *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2008): »Hat die Demokratie noch eine epistemische Funktion? Empirische Forschung und normative Theorien«. In: ders.: *Ach Europa*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 177–191.
- Habermas, Jürgen (2021): »Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit«. In: *Leviathan*, Jahrgang 49, Sonderband 37, S. 470–501.
- Habermas, Jürgen (2022): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (2005 [1821/22]): *Die Philosophie des Rechts. Vorlesungen 1821/22*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hitzler, Ronald (2002): »Die Wiederentdeckung der Handlungspotentiale. Problemstellungen politischer Soziologie unter den Bedingungen reflexiver Moderne«. In: Müller, Michael et al. (Hg.): *Der Sinn der Politik. Kulturwissenschaftliche Politikanalysen*. Konstanz: UVK, S. 17–39.
- Hobbes, Thomas (2009): *Leviathan (Oxford World's Classics)*, hg v. Gaskin, J.C.A.. Oxford: Oxford University Press.
- Humer, Stephan (2008): *Digitale Identitäten. Der Kern digitalen Handelns im Spannungsfeld von Imagination und Realität*. Winnenden: CSW-Verlag.
- Imhoff, Kurt (2006): »Mediengesellschaft und Medialisierung«. In: *Medien- und Kommunikationswissenschaft* 54, 2, S. 191–215.
- Imhoff, Kurt (2011): *Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Imhoff, Kurt (2014): »Der dünne Firnis der Zivilisation. Krisen der Öffentlichkeit und die Krise der Öffentlichkeit.« Replik auf Kommentare, *Zeitschrift für Theoretische Soziologie, ZTS*, Heft 2 2014, S. 304–338.

- Inglehart, R./Norris, P. (2016): *Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Havenots and Cultural Backlash*. Harvard Kennedy School Faculty Research Working Paper Series, RWP, S. 16–26.
- Kardorf, Ernst von (2006): »Virtuelle Gemeinschaften – eine neue Form der Vergesellschaftung?« In: Hollstein, Bettina/Straus, Florian (Hg.): *Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 63–98.
- Kaube, Jürgen/Kieserling, André (2022): *Die gespaltene Gesellschaft*. Berlin: Rowohlt.
- Kettner, Matthias/Schneider, Marie-Luise (2000): »Öffentlichkeit und entgrenzter politischer Handlungsraum: der Traum von der »Weltöffentlichkeit« und die Lehren des europäischen Publizitätsproblems«. In: Brunkhorst, Hauke/Kettner, Matthias (Hg.): *Globalisierung und Demokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 369–412.
- Kittler, Friedrich Adolf (1985): *Aufschreibesysteme 1800/1900*. München: Fink.
- Luhmann, Niklas (1981a): »Die Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation«. In: ders.: *Soziologische Aufklärung, Band 3*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 25–35.
- Luhmann, Niklas (1981b): »Subjektive Rechte: Zum Umbau des Rechtsbewußtseins für die moderne Gesellschaft« In: ders.: *Sozialstruktur und Semantik, Band 2*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 45–105.
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*, 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*, hg. v. André Kieserling, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Macpherson, Crawford B. (1973): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mannheim, Karl (1995): *Ideologie und Utopie*. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Maschewski, Felix/Nosthoff, Anna-Verena (2021): »Der plattformökonomische Infrastrukturwandel der Öffentlichkeit: Facebook und Cambridge Analytica revisited«. In: *Leviathan*, Jahrgang 49, Sonderband 37, 2021, S. 320–342.
- Mayer, Lotta (2022): »The Public and its Disputes. Ein Essay zu einer pragmatistisch fundierten konfliktsoziologischen Perspektive auf Öffentlichkeiten«. In: *Zeitschrift für theoretische Soziologie, ZTS*, 1-2, 2022, S. 112–132.
- Merkel, Wolfgang (1999): »Defekte Demokratie«. In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hg.): *Demokratie in Ost und West – für Klaus von Beyme*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 361–382.
- Meyer, Thomas (Hg.) (2020): »Defekte Öffentlichkeit«. In: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, 6 2020. Bonn: Dietz.
- Michels, Robert (2012): *Soziologie des Parteiwesens. Oligarchien und Eliten – die Kehrseite moderner Demokratien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mölders, Marc (2019): *Die Korrektur der Gesellschaft. Irritationsgestaltung am Beispiel des Investigativjournalismus*. Bielefeld: transcript.
- Mölders, Marc (2022): »Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Debatte. Gesellschaftliche Differenzierung und das Integrationsparadox«. In: *Zeitschrift für theoretische Soziologie, ZTS*, 1-2, 2022, S. 132–145.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik. Die Welt politisch denken*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münker, Stefan (2009): *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*. Frankfurt a.M.: Edition Unsel, Suhrkamp.
- Naschold, Frieder (1993): *Modernisierung des Staates. Zur Ordnungs- und Innovationspolitik des öffentlichen Sektors*. Berlin: Edition Sigma.
- Neidhardt, Friedhelm (2007): »Massenmedien im intermediären System moderner Demokratien«. In: Jarren, Otfried/Lachmeister, Dominik/Steiner, Adrian (Hg.): *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessenvermittlung*. Baden-Baden: Nomos, S. 33–48.
- Parsons, Talcott (1996): *Das System moderner Gesellschaften*. Weinheim/München: Juventa.
- Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Plewe, Dieter (2020): »Gekaufte Politik und käufliche Medien?« In: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte*, 6 2020, S. 19–24.
- Rawls, John (2003): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Reinhard, Wolfgang (2002): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München: C. H. Beck.

- Renn, Joachim (1997): *Existentielle und kommunikative Zeit. Zur »Eigentlichkeit« der individuellen Person und ihrer dialogischen Anerkennung*. Stuttgart: Metzler.
- Renn, Joachim (2006a): *Übersetzungsverhältnisse. Perspektiven einer pragmatistischen Gesellschaftstheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Renn, Joachim (2006b): »Die Differenz der Medien – Die Ambivalenz systemtheoretischer Medienkonzeptionen als Indiz für eine notwendige Pragmatisierung der Systemtheorie«. In: Ziemann, Andreas (Hg.): *Die Medien der Gesellschaft – die Gesellschaft der Medien*. Konstanz: UVK, S. 57–89.
- Renn, Joachim (2011): »Handlungsabstraktion und Differenzierung: zum makrosoziologischen Mandat der Handlungstheorie«. In: Schwinn, Thomas (Hg.): *Soziale Differenzierung. Handlungstheoretische Zugänge in der Diskussion*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 93–113.
- Renn, Joachim (2014): *Performative Kultur und multiple Differenzierung. Soziologische Übersetzungen 1*. Bielefeld: transcript.
- Renn, Joachim (2018): »Wechselwirkung und Verselbständigung. Zu einer Theorie multipler Differenzierung«. In: Lautmann, Rüdiger/Wienold, Hanns (Hg.): *Georg Simmel und das Leben in der Gegenwart*. Wiesbaden: Springer VS, S. 193–208.
- Renn, Joachim (2021): »Multiple Differenzierung des Politischen. Das Volk als Referenzobjekt im Medium der Macht«. In: ders.: *Indirekte Referenz. Pragmatischer Realismus und Medientheorie, Soziologische Übersetzungen 3*. Bielefeld: transcript, S. 245–287.
- Schimank, Uwe (1999): *Gesellschaftliche Differenzierung*. Bielefeld: transcript.
- Schmitt, Carl (1996 [1936]): *Der Begriff des Politischen – Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corrolarien*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schütz, Alfred (2004): *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Alfred Schütz Werkausgabe, Band II*, hg. v. Martin Endreß und Joachim Renn. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Schwinn, Thomas/Kroneberg, Clemens/Greve, Jens (Hg.) (2011): *Soziale Differenzierung. Handlungstheoretische Zugänge zur Diskussion*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian (2021): »Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie. Ein neuer Strukturwandel?« In: *Leviathan*, Jahrgang 49, Sonderband 37, S. 9–43.
- Sennett, Richard (1986): *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Staab, Philipp/Stiehl, Thorsten (2021): »Privatisierung ohne Privatismus. Soziale Medien im Strukturwandel der Öffentlichkeit«. In: *Leviathan*, Jahrgang 49, Sonderband 37, S. 277–298.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Sutter, Tilmann (2010): »Virtuelle Interaktion«. In: ders.: *Medienanalyse und Medienkritik. Forschungsfelder einer konstruktivistischen Soziologie der Medien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 123–132.
- Turkle, Sherry (2007): »Das zweite Ich. Computer als kulturelle und pädagogische Herausforderung«. In: Mitzlaff, Hartmut (Hg.): *Internationales Handbuch Computer (ICT), Grundschule, Kindergarten und neue Lernkultur*, Bd. 1, Hohengehren: Schneider, S. 30–40.
- Westbrook, Robert B. (2000): »John Dewey und die Logik der Demokratie«. In: Joas, Hans (Hg.): *Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 341–362.

**Anschrift:**

Prof. Dr. Joachim Renn  
 Institut für Soziologie  
 Universität Münster  
 Scharnhorststr. 121, Raum 541  
 48151 Münster  
 j.renn@uni-muenster.de